

Linz, 17. August 2026

Pressemitteilung

Bauernfamilien erwarten rasche Entscheidung zur Dürrehilfe

Anreiz zur Aufrechterhaltung der Produktion soll Versorgung mit leistbaren Lebensmitteln sichern

Die heurige Dürresituation verursacht in der heimischen Landwirtschaft ein noch nie dagewesenes Schadensausmaß. Lagen die Schäden im letzten großen Dürrejahr 2018 bundesweit bei 230 Mio. Euro, so sind heuer nach Angaben der österreichischen Hagelversicherung bereits bisher Schäden im Gesamtausmaß von einer Milliarde Euro angefallen. Davon sind nur etwa 400 Mio. Euro durch Dürreversicherungen gedeckt. Wie schon 2018 ist auch diesmal Oberösterreich ein hauptbetroffenes Bundesland. Auswirkungen der Dürre gibt es in allen Produktionssparten, die höchsten Schäden sind aber insbesondere am Grünland und damit in der Viehwirtschaft, bei den Herbstkulturen im Ackerbau sowie im Obst- und Gemüsebau zu verzeichnen.

„Die massiv gestiegenen Betriebsmittelpreise bei Dünger und Energie, die schwierige Absatzsituation in mehreren Hauptproduktionssparten sowie die nunmehrigen dürrebedingten enormen Ertragsausfälle führen aktuell auf vielen bäuerlichen Betrieben zu einer brutal angespannten wirtschaftlichen Situation. Gerade in der Viehwirtschaft geht es nun darum, die Betriebe trotz fehlender Grundfuttermittel wie Heu und Silage weiter in der Produktion zu halten sowie eine Reduktion der Tierbestände bzw. wirtschaftlich erzwungene Betriebsaufgaben zu vermeiden. Die Landwirtschaftskammer fordert daher nun rasche politische Entscheidungen und Klarheit zu den notwendigen Dürrehilfen. Gerade jetzt gilt das Sprichwort: ‚Wer schnell hilft, hilft doppelt‘, appelliert Kammerpräsident Franz Waldenberger.

Unwürdige Diskussion am Rücken der Bauern schafft zusätzliche Verunsicherung

„Die Diskussion der letzten Tage und Wochen über die Finanzierung der Dürrehilfen verursacht in der Bauernschaft eine massive Verunsicherung und erhebliches Unverständnis. „In unserer solidarischen Gesellschaft und im österreichischen Politikverständnis stand bisher außer Streit, dass der Staat betroffenen Bürgerinnen und Bürgern bei Naturkatastrophen und

wirtschaftlichen Krisen zur Seite steht. Das erwarten sich nun auch die Bäuerinnen und Bauern, die sich aktuell mit den Auswirkungen der Dürre und den - geopolitisch bedingt - stark gestiegenen Energie- sowie Betriebsmittelpreisen in einer dramatischen wirtschaftlichen Doppelmühle befinden“, zeigt LK Präsident Waldenberger die aktuelle Dramatik auf.

Dürreversicherungen bieten keinen flächendeckenden Vollkaskoschutz

Die öffentlich bezuschussten Dürreversicherungen werden in Oberösterreich von 85 Prozent der Ackerbaubetriebe und 60 Prozent der Grünlandbetriebe in Anspruch genommen. Dieses Angebot stellt für die allermeisten Betriebe das Rückgrat der betrieblichen Risikovorsorge dar, kann aber insbesondere bei extremen Dürresituationen wie heuer je nach Produktionssparte und betrieblicher Betroffenheit oft nur einen Bruchteil der Schäden tatsächlich abdecken. Das gilt aktuell in Oberösterreich vor allem für viehhaltende Betriebe, da Grundfuttermittel wie Heu und Silage sowie Silomais entweder kaum verfügbar oder preislich stark angestiegen sind. Eine nunmehr drohende starke Abstockung der Rinder-, Schaf- und Ziegenbestände wäre aber mittel- und längerfristig kontraproduktiv, da dann in den kommenden Jahren mit normaler Grünlandernte der vorhandene Futteraufwuchs nicht mehr vollständig für die Lebensmittelproduktion nutzbar wäre.

Dürrehilfe kann Beitrag zur Stabilisierung der Agrar- und Lebensmittelproduktion leisten

Die Krisen der letzten Jahre haben beginnend mit Corona die Wertschöpfungsketten in der Lebensmittelproduktion massiv gefordert. Die zentrale Herausforderung für alle Wirtschaftsbeteiligten lag vor allem in den stark schwankenden Märkten und Preisen.

„Wir unterstützen daher Bundesminister Norbert Totschnig in seinen intensiven politischen Bemühungen zur Umsetzung einer wirksamen Dürrehilfe für die Landwirtschaft. Es wäre für die Bäuerinnen und Bauern aber keine wirkliche Hilfe, wenn diese geforderte Unterstützung durch Kürzungen für die Bauern in anderen Bereichen wie dem Agrardiesel finanziert werden soll. Die geplante Agrardieselerstattung wird als Flächenprämie gewährt und bietet damit keinerlei Anreiz für einen klimaschädlichen Mehrverbrauch bei Diesel. Vielmehr profitieren von diesem Modell vor allem jene Betriebe, die mit einem möglichst geringen Einsatz des teuren Dieseltreibstoffes auskommen“, betont Präsident Waldenberger.

Agrar- und Lebensmittelbranche erwartet nationale politische Kraftanstrengung

Die aktuell teils ideologisch geprägten politischen Diskussionen zur Finanzierung der dringend benötigten Dürrehilfe an die Landwirtschaft treffen die Bäuerinnen und Bauern in einer wirtschaftlich äußerst dramatischen Situation. Das führt nicht nur zu Verärgerung und massivem Unverständnis, sondern auch zunehmend zu Resignation. Damit wird die ohnehin schon äußerst angespannte Stimmungslage in den bäuerlichen Familien weiter verschärft. Wir brauchen daher dringend und rasch mit einer finanziell wirksamen Dürrehilfe oder entsprechenden Kostenentlastungen in der Sozialversicherung ein klares politisches Signal zum Weitermachen auf den Betrieben, zum Erhalt der Viehbestände und damit zur Stabilisierung der Agrar- und Lebensmittelproduktion – auch wenn wir Bäuerinnen und Bauern den Realismus haben, dass

damit nur ein Teil der tatsächlichen wirtschaftlichen Schäden in Folge der Dürre abgedeckt werden kann. Gezielte Dürrehilfen für die Landwirtschaft liegen damit nicht nur im Interesse der Bäuerinnen und Bauern, sondern bieten aufgrund der angestrebten produktionsstabilisierenden Wirkung auch Vorteile für die Lebensmittelverarbeiter und damit für die Konsumentinnen und Konsumenten. Gerade auch deshalb sind die politischen Verantwortungsträger nunmehr gefordert, raschestmöglich verbindliche Entscheidungen für eine unverzichtbare agrarische Dürrehilfe zu treffen“, appelliert Präsident Waldenberger mit allem Nachdruck.



Bildtext: „Gezielte Dürrehilfen können einen Beitrag zur Stabilisierung der Lebensmittelproduktion leisten“, betont Präsident Waldenberger.

Bildnachweis: LK OÖ/Humer, Abdruck honorarfrei

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
T +43 50 6902-1491, E medien@lk-ooe.at